

WAZ v.

21.03.15

Widerstand gegen Gabriels Kohlepläne

Stadtwerke fürchten um Energiegeschäft und sehen Landesregierung in der Pflicht

Von Michael Kohlstadt

Essen. Die Pläne von Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD), ältere Kohlekraftwerke künftig mit Strafzahlungen zu belegen, um so den CO₂-Ausstoß zu reduzieren, versetzt auch die Stadtwerke der Region in Unruhe. Der Chef der Bochumer Stadtwerke, Bernd Wilmert, sieht die Landesregierung jetzt in der

Pflicht, sich gegen die Pläne Gabriels zu stellen. NRW dürfe energiewirtschaftlich nicht unter die Räder geraten, sagte Wilmert, der auch stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes kommunaler Unternehmen ist, dieser Zeitung. Nordrhein-Westfalen sei nicht nur Sitz der Energieriesen Eon und RWE, sondern ebenso Standort einer Reihe großer Stadtwerke, die vom Land ausdrück-

lich ermuntert worden seien, sich im Kraftwerksbereich zu engagieren. Hintergrund: Gerade Stadtwerke aus dem Ruhrgebiet haben sich in den letzten Jahren zahlreiche Energiebeteiligungen gesichert oder eigene Kraftwerke gebaut, die als Folge der Energiewende nun kaum noch etwas abwerfen. In Duisburg etwa stehen zwei Kraftwerke zur Abschaltung an, weil sie Millionenverluste

machen. Der südwestfälische Energieversorger Enervie in Hagen will sogar seinen gesamten konventionellen Kraftwerkspark stilllegen. Folgenreich ist möglicherweise auch die Komplettübernahme des Essener Kraftwerksbetreibers Steag durch ein Konsortium aus sieben Revier-Stadtwerken. Die Steag-Steinkohleblöcke dürften von den Gabriel-Plänen ebenfalls betroffen sein.